

Statement der Bonner SPD zur Sperrung der Bonner Nordbrücke

Bonn, den 19.06.2026

BONN. Das Bundesverkehrsministerium hat das Ergebnis der vertieften Brückenprüfung der Nordbrücke mitgeteilt. Demnach bleibt die Brücke bis auf weiteres gesperrt, da die Vorlandbrücke neu gebaut werden muss.

Dazu äußern sich die Vorsitzenden der Bonner SPD, Lisa Glaremin und Leon Schwarze: „Mit der dauerhaften Sperrung der Nordbrücke ist der Worst Case eingetreten, wenngleich wir begrüßen, dass zumindest perspektivisch Fuß- und Radverkehr die Brücke wieder befahren können. Die letzten Wochen haben gezeigt, dass der Wegfall dieser Rheinquerung die gesamte Region vor erhebliche Herausforderungen stellt. Die wirtschaftlichen Schäden sind enorm: Schätzungen gehen davon aus, dass die Sperrung pro Tag eine Million Euro wirtschaftliche Einbußen mit sich bringt. Darüber hinaus ist die Sperrung eine erhebliche Einschränkung für Pendlerinnen und Pendler, Unternehmen und die Anwohnenden an den Umleitungsstrecken. Und auch die städtische Infrastruktur wird durch die zusätzliche Verkehrsbelastung erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Angesichts der angespannten Finanzlage können diese zusätzlichen Belastungen nicht allein durch den städtischen Haushalt aufgefangen werden. Das Land und auch der Bund müssen Bonn mit einem „Hilfspaket Nordbrücke“ finanziell unterstützen, damit die Auswirkungen der Brückensperrung auf die ganze Stadt bewältigt werden können. Als SPD haben wir das im Landtag in der Plenarsitzung in dieser Woche bereits adressiert, und wir hoffen, dass auch CDU und Grüne gemeinsam mit uns dafür kämpfen werden, dass Bonn finanziell unterstützt wird.“

Die Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, Angelika Esch und Max Biniek, ergänzen: „Der Stadtrat hat bereits ein erstes Maßnahmenpaket beschlossen, um auf die Sperrung der Nordbrücke zu reagieren und die Mobilität in unserer Stadt zu sichern. Mit der nun bekannten Zeitschiene steht die Verwaltung in der Verantwortung, ein tragfähiges Verkehrskonzept für die kommenden zwei Jahre vorzulegen. Dabei müssen auch die Auswirkungen weiterer anstehender Großprojekte wie des neuen Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) und der geplanten Seilbahn berücksichtigt werden. Für uns ist klar: Bonn muss auch ohne Nordbrücke mobil bleiben. Dafür braucht es einen pragmatischen und verkehrsträgerübergreifenden

Ansatz, der alle Verkehrsmittel einbezieht. Der Schwerpunkt muss dabei auf der Stärkung von Bus und Bahn liegen. Gemeinsam mit der Deutschen Bahn muss die Verwaltung deshalb darauf hinwirken, dass die regionale Schienenanbindung während der Sperrung möglichst zuverlässig bleibt und zusätzliche Einschränkungen durch Baustellen oder Streckensperrungen so weit wie möglich vermieden werden. Gleichzeitig müssen auch innovative und kreative Lösungen geprüft werden, etwa ergänzende Angebote auf dem Rhein oder andere zusätzliche Mobilitätsangebote. Entscheidend ist, dass wir flexibel bleiben: Was funktioniert, muss gestärkt werden. Was nicht funktioniert, muss schnell und pragmatisch angepasst werden.“
